

Der Bezirksbürgermeister

Bezirksvertretung 9 (Mülheim)

Geschäftsführung
Frau Schall

Telefon: (0221) 221-99322

Fax: (0221) 221-99412

E-Mail: petra.schall@stadt-koeln.de

Datum: 30.11.2016

Niederschrift

über die **17. Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 07.11.2016, 17:05 Uhr bis 19:00 Uhr, Bezirksrathaus Mülheim, VHS-Saal, Wiener Platz 2a, 51065 Köln

Anwesend:

Bezirksbürgermeister

Herr Bezirksbürgermeister Norbert Fuchs SPD

Mitglieder der Bezirksvertretung

Frau Claudia Brock-Storms	SPD
Frau Jutta Kaske-Vollmer	SPD
Frau Berit Kranz	SPD
Herr Alexander Lünenbach	SPD
Herr Hans Stengle	SPD
Herr Mike Paunovich	CDU
Herr Dr. Thomas Portz	CDU
Thomas Rossbach	CDU
Herr Max Christian Derichsweiler	GRÜNE
Frau Ursula Schlömer	GRÜNE
Herr Nijat Bakis	DIE LINKE
Herr Joscha-Michael Merkl	Liberal-konservative Reformer
Herr Torsten Tücks	FDP

Verwaltung

Frau Henriette Reker	Oberbürgermeisterin (bis 18.30 Uhr)
Herr Ralf Mayer	Bürgeramt Mülheim (kommissarisch)
Herr Dietmar Reddel	Amt für Straßen- und Verkehrstechnik
Herr Dirk Schmaul	Amt für öffentliche Ordnung
Herr Vjieran Buric	Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau
Herr Marc Neumann	Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Frau Karin Scherer
Herr Wolfgang Rusch

Presse

Zuschauer

Entschuldigt:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Herr Karl Heinz Frebel	SPD
Herr Eric Haeming	CDU
Herr Stephan Krüger	CDU
Herr Winfried Seldschopf	GRÜNE
Frau Judith Wolter	pro Köln

Der Vorsitzende, Herr Bezirksbürgermeister Fuchs, eröffnet die 17. Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim in der Wahlperiode 2014/2020 und begrüßt Frau Oberbürgermeisterin Reker sowie alle Anwesenden.

Zur Tagesordnung schlägt Herr Bezirksbürgermeister Fuchs vor, die verfristete eingegangene Beschlussvorlage „Teilplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Baubeschluss Erneuerung / Sanierung der Asphaltdeckschicht Zoobrücke als TOP 9.2.7 in die Tagesordnung aufzunehmen. Weiter teilt er mit, dass auf Wunsch des Petenten die Bürgereingabe unter TOP 2.1 „Anfahrtszeiten des RRX an den Bahnhöfen Köln-Mülheim und Benrath/Rheinland“ erst in der nächsten Sitzung behandelt werden soll und die CDU-Fraktion darum gebeten hat, den Antrag unter TOP 8.1.1 „Obstwiese auf dem städtischen Grundstück Mielenforster Straße/Thurner Kamp“ ebenfalls bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen. Es gibt keine Einwände.

Als Stimmzähler werden Herr Lünenbach, Herr Paunovich und Herr Derichsweiler benannt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Besuch der Oberbürgermeisterin

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Einwohnerfrage: Lehrerparkplätze an der Hauptschule Rendsburger Platz

1.2 Einwohnerfrage: Unterführungen der Mülheimer Brücke

2 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

2.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Anfahrtszeiten des RRX an den Bahnhöfen Köln-Mülheim und Benrath/Rheinland (Az.: 02-1600-124/16)
3015/2016

2.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Entwicklungskonzept Mülheim-Nord (Az.: 02-1600-19/16)
3040/2016

3 Einwohneranträge gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Annahme von Schenkungen

7 Anfragen

7.1 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

7.1.1 Gefahrenpunkt vesetzter Kreuzungsbereich Bensberger Marktweg/Penningsfelder Weg
hier: Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen aus der Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim am 30.11.2015; TOP 7.2.1
2209/2016

7.1.2 Turnhallen in Mülheim (AN/0554/2016)
2998/2016

7.1.3 Taubendreck am Wiener Platz
3476/2016

7.1.4 Anfrage der FDP-Fraktion in der Bezirksvertretung Köln Mülheim,
AN/1786/2016, Sitzung vom 30.11.2015, TOP 7.2.5
Haltestellen zweiter Klasse? - KVB-Gäste nicht im Regen stehen lassen!
Situation der neuen KVB-Wartehäuschen
3311/2016

7.2 Neue Anfragen

7.2.1 Anfrage des EMT Herrn Tücks (FDP)

Unausgebaute Dachstühle im Stadtbezirk als Wohnraum nutzen?
AN/1586/2016

7.2.1.1 Unausgebaute Dachstühle im Stadtbezirk als Wohnraum nutzen? Wohn-
raumpotentiale ausschöpfen, Bürokratie abbauen, Anfrage der FDP-Fraktion
3682/2016

7.2.2 Anfrage der SPD-Fraktion

Beschluss der BV 9 vom 18.01.2016 unter 8.1.2 "Erhaltung bzw. Erneuerung
von 3 Laternen auf dem Fußweg zwischen Thielenbrucher Allee und Ge-
markenstraße"
AN/1690/2016

7.2.2.1 Erhaltung bzw. Erneuerung von drei Laternen auf dem Fußweg zwischen
Thielenbrucher Allee und Gemarkenstraße
hier: Anfrage der SPD-Fraktion zur Sitzung am 07.11.2016, TOP 7.2.2
3575/2016

7.2.3 Anfrage der SPD-Fraktion

Beschluss der BV 9 vom 27.04.2015 zur Verbesserung des Verkehrsflusses,
mit dem Ziel der Lärm- und Emissionsminderung auf der Bergisch Gladba-
cher Straße zwischen Mülheim und der Stadtgrenze nach Bergisch Gladbach
AN/1691/2016

7.2.4 Anfrage des EMT Herrn Bakis (Die Linke)

"Gefahrloser und flüssiger Radverkehr am Clevischen Ring" - Stand der Um-
setzung
AN/1771/2016

7.2.5 Anfrage des EMT Herrn Bakis (Die Linke)

"Verkehrsführung an der Mülheimer Freiheit" - Stand der Umsetzung
AN/1772/2016

8 Anträge

8.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

8.1.1 Antrag der CDU-Fraktion

Obstwiese auf dem städtischen Grundstück Mielenforster Straße/Thurner
Kamp in Köln-Dellbrück

AN/0897/2016

*Der Antrag wurde in den Sitzungen am 30.05.2016 und 05.09.2016 jeweils
vertagt.*

8.1.2 Antrag der CDU-Fraktion

Verschiebung Sanierung Mülheimer Brücke

AN/1473/2016

8.1.3 Antrag der CDU-Fraktion

Soccer Cage Buchforst

AN/1536/2016

8.1.4 Antrag des EMT Herrn Tücks (FDP)

Umbenennung der "kurzen" Linie 18 in Linie 19

AN/1585/2016

8.1.5 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen

Verbesserung der Rad- und Fußwegverbindung zwischen Hardthofstraße
und Penningsfelder Weg durch Installierung von in Teilen fehlenden Beleuch-
tungen sowie Erneuerung eines Teils des Weges durch Aufschotterung

AN/1687/2016

8.1.6 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen

Verstärkte Geschwindigkeitsüberwachung im Bereich Gierather Straße zwi-
schen Penningsfelder Weg und Stadtgrenze Bergisch Gladbach durch stati-
onäre Geschwindigkeitsmessanlage

AN/1688/2016

8.1.7 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mögliche Sichtbehinderungen durch parkende LKW in den Einmündungen der Straßen "In der Hardt", "Hasenacker", "Mielenforster Heide" und "Lange Heide" sowie die daraus resultierenden evtl. notwendigen verkehrstechnischen Maßnahmen
AN/1689/2016

8.1.8 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Prüfung einzelner Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in der Marienheider Straße in Dünnwald
AN/1692/2016

8.1.9 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Prüfung der Einrichtung von Überquerungshilfen für Fußgängerinnen und Fußgänger zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Sigwinstraße in Höhenhaus
AN/1693/2016

8.2 Vorschläge und Anregungen gemäß § 37 Absatz 5 Satz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

9 Verwaltungsvorlagen

9.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

9.1.1 Namensgebung der ehemaligen städtischen Hauptschule Rendsburger Platz, jetzt HS Wuppertaler Str. 19, 51067 Köln (Mülheim)
3109/2016

9.2 Anhörungen und Stellungnahmen gemäß § 37 Absatz 5 Sätze 1 und 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

9.2.1 Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Köln, Löschgruppe Dellbrück, mit angeschlossener Rettungswache am Standort Urnenstraße 7. hier: Kostenerhöhung
1619/2016

9.2.2 255. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2574/2016

- 9.2.3 Hochwasserschutzzonenverordnung Ortslage Deutz bis Stammheim
1454/2016
- 9.2.4 Standorte zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften - Baubeschluss
3114/2016
- 9.2.4.1 Änderungsantrag zur Beschlussvorlage ‚Standorte zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften - Baubeschluss‘
AN/1774/2016
- 9.2.5 1. Änderung der Kölner Stadtordnung (KSO)
3152/2016
- 9.2.6 Sportanlage Thurner Kamp, Platz 1 in Köln-Dellbrück
hier: Generalsanierung der Sportanlage mit Umbau des Tennenplatzes in ein Kunstrasenspielfeld und Errichtung eines Kunstrasenkleinspielfeldes
3325/2016
- 9.2.7 Teilplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Baubeschluss Erneuerung / Sanierung der Asphaltdeckschicht Zoobrücke
3285/2016

10 Mitteilungen

10.1 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

10.2 Mitteilungen der Verwaltung

- 10.2.1 Baumfällungen im Stadtbezirk Mülheim
- 10.2.2 Unerledigte Anfragen und Anträge der laufenden Wahlperiode
- 10.2.3 Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Köln - Planungszeitraum 2016 bis 2020 - Bestands- und Bedarfsanalyse, Maßnahmenplanung
2191/2016
- 10.2.4 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle" - Vorlage 0990/2016
hier: Ergänzende Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Köln
2763/2016
- 10.2.5 Bürgerhaushalt 2016
3049/2016

- 10.2.6 Jahresbericht Landschaftswacht Bezirk 9 Ost - Frau Isbaner
3010/2016
- 10.2.7 Standortentscheidung der Bundesagentur für Arbeit
3445/2016
- 10.2.8 Personalsituation in den Kundenzentren
3408/2016
- 10.2.9 Ergänzungen nach Beschlussfassung des Straßenreinigungsverzeichnisses
3612/2016

10.3 Bemerkungen zur Niederschrift

II. Nichtöffentlicher Teil

11 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

12 Anträge

13 Verwaltungsvorlagen

13.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

13.2 Anhörungen und Stellungnahmen gemäß § 37 Absatz 5 Sätze 1 und 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

13.2.1 vorzeitige Verlängerung eines langjährigen Mietvertrages 3290/2016

Die Vorlage wurde Ihnen bereits per Sammelumdruck vom 20.10.2016 zur Verfügung gestellt. Ich bitte, die Unterlagen bereit zu halten.

13.2.2 Besetzung der Stelle Schulleitung an der Katholischen Grundschule Horststraße 1 in Köln - Mülheim 3306/2016

13.3 Mitteilungen

13.3.1 Niederschrift des Gestaltungsbeirates vom 19.09.2016 3390/2016

14 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

I. Öffentlicher Teil

A Besuch der Oberbürgermeisterin

Frau Oberbürgermeisterin Reker begrüßt die Anwesenden und macht deutlich, dass ihr der Kontakt zu den Bezirken wichtig ist. Sie stellt im Folgenden die drei Themenkomplexe Stärkung der Bezirke, Verwaltungsreform und Bürgerbeteiligung vor.

Zur Stärkung der Bezirke führt sie aus, dass sie immer wieder die Kritik höre, dass Beschlüsse, Anfragen etc. der Bezirksvertretungen nicht ernst genommen würden. Sie möchte daher gerne die Verfahren methodisieren und die Zuständigkeitsordnung zeitnah ändern. Zu diesem Zweck ist eigens eine Kommission eingerichtet worden mit dem Ziel, die Kompetenzen von Rat und Bezirksvertretungen klar abzugrenzen.

Zu der von ihr angestrebten Verwaltungsreform erläutert sie, dass es nicht nur um den Aufbau einer anderen Organisation gehe, sondern auch darum, Strukturen zu ändern. Als Beispiele für bereits begonnene bzw. schon umgesetzte Strukturveränderungen nennt sie die Besetzung des Flüchtlingskoordinators, Veränderungen innerhalb der Bauverwaltung und innerhalb ihres Büros den Einsatz eines „internen Unternehmensberaters“.

Vor allem müsse aber auch eine neue Verantwortungs- und Fehlerkultur sowie ein neues Selbstverständnis und Selbstbewusstsein entstehen. Den Verwaltungsvorstand sehe sie hier als Speerspitze der Bewegung, aber Amtsleiterinnen und Amtsleiter und deren Stellvertreter und Stellvertreterinnen sieht sie als Motoren für die Entwicklung. Es muss hin zu Lösungen und weg von der Klärung der Schuldfrage gehen. Sie bekomme viele Rückmeldungen und viel Zuspruch hierfür.

Das Thema Bürgerbeteiligung möchte Frau Oberbürgermeisterin Reker anders aufsetzen. Eine Vorhabenliste soll zukünftig eine frühe Bürgerbeteiligung ermöglichen. Das alles kostest Geld, ist aber in ihren Augen finanzierbar.

Sie habe bereits die Reihe „Stadtgespräche“ in den einzelnen Bezirken begonnen, welche sich bisher einer regen Teilnahme erfreuen. Am 15.12.2016 wird das Stadtgespräch auch in Mülheim stattfinden, und zwar im Bezirksrathaus Mülheim, zu welchem sie herzlich einlädt.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs dankt Frau Oberbürgermeisterin Reker für ihre Ausführungen und leitet zur Diskussion über.

Herr Merkl möchte wissen, ob die erwähnte Vorhabenliste dann auch im Internet für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger abrufbar sein wird.

Frau Oberbürgermeisterin Reker bejaht dies, genau so stelle sie sich das vor.

Herr Stengle kritisiert, dass die Mitglieder der Bezirksvertretung oftmals kleinere Anfragen, die aus der Bürgerschaft an sie heran getragen werden, stellen und die Beantwortungen meist sehr lange dauern.

Herr Dr. Portz stellt einen Vergleich zwischen Verwaltung und Unternehmen an und fragt, ob eine Priorisierung innerhalb einer Verwaltung überhaupt möglich ist.

Frau Oberbürgermeisterin Reker erwidert, dass Strukturen verändert werden müssen, es müsse „entschlackt“ werden. Die Verwaltung müsse berechenbarer und schneller werden. Als Beispiel führt sie die Senkung der Vergabegrenzen an. Jede

Sachbearbeiterin, jeder Sachbearbeiter hat jetzt plötzlich mehr Verantwortung. Sie bzw. er hat gelernt, das günstigste Angebot zu wählen, und ist nun vorsichtig. Es sei ein Lernprozess, diese neuen Vergabegrenzen auch anzuwenden und z.B. nicht das günstigste, sondern das wirtschaftlichste Angebot zu favorisieren und dies zu begründen. Wer Stadt führen wolle, müsse Risiken eingehen, das gelte sowohl für die Vorbilder als auch für die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter.

Es gibt keine weiteren Fragen aus den Reihen der Bezirksvertretung. Herr Bezirksbürgermeister Fuchs bedankt sich bei Frau Oberbürgermeisterin Reker für die Bereitschaft zur offenen Diskussion und steigt in die reguläre Tagesordnung ein.

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Einwohnerfrage: Lehrerparkplätze an der Hauptschule Rendsburger Platz

Die Einwohnerfrage kann zur Sitzung noch nicht beantwortet werden.

1.2 Einwohnerfrage: Unterführungen der Mülheimer Brücke

Die Einwohnerfrage kann zur Sitzung noch nicht beantwortet werden.

2 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

2.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Anfahrtszeiten des RRX an den Bahnhöfen Köln-Mülheim und Benrath/Rheinland (Az.: 02-1600-124/16) 3015/2016

Der TOP wurde auf Wunsch des Petenten vertagt.

2.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Entwicklungskonzept Mülheim-Nord (Az.: 02-1600-19/16) 3040/2016

Der Petent ist anwesend, möchte aber keine Stellung nehmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim dankt der Mülheimer Bürgerliste für den Stadtbezirk 9 für ihre Eingabe. Die Bezirksvertretung unterstützt die Maßnahmen der Verwaltung zur weiteren Entwicklung von Köln-Mülheim.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

- 3 Einwohneranträge gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 4 Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 5 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 6 Annahme von Schenkungen**
- 7 Anfragen**
- 7.1 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen**
- 7.1.1 Gefahrenpunkt vesetzter Kreuzungsbereich Bensberger Marktweg/Penningsfelder Weg**
hier: Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen aus der Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim am 30.11.2015; TOP 7.2.1 2209/2016

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

- 7.1.2 Turnhallen in Mülheim (AN/0554/2016)**
2998/2016

Herr Bakis merkt an, dass die Fragen 2. und 3. aus seiner Sicht nicht wirklich beantwortet sind. Die Beantwortung wird dennoch zur Kenntnis genommen; die Anfrage ist erledigt.

- 7.1.3 Taubendreck am Wiener Platz**
3476/2016

Auch hier wurden nach Ansicht von Herrn Bakis die Fragen nicht eindeutig beantwortet. Zudem habe er die Ausführungen zur Reinigung und zu den hierfür genutzten Gerätschaften als Laie nicht verstanden.

Herr Lünenbach ergänzt, dass durch die maschinelle Reinigung offenbar regelmäßig die Fugen des Pflasters ausgespült werden. Die Pflasterung stehe ohnehin bei den Bürgerinnen und Bürgern immer wieder in der Kritik. Er plädiert nach wie vor für einen Ortstermin, gemeinsam mit der Verwaltung und der Bürgervereinigung.

Frau Oberbürgermeisterin Reker erklärt, genau ein solches Thema sei Grund dafür, weshalb sie die Sitzungen der Bezirksvertretungen besucht. Sie nehme es gerne mit zur Klärung der Frage, ob es eine Nachverdichtung der Fugen und/oder andere Reinigungsmöglichkeiten gibt.

**7.1.4 Anfrage der FDP-Fraktion in der Bezirksvertretung Köln Mülheim,
AN/1786/2016, Sitzung vom 30.11.2015, TOP 7.2.5
Haltestellen zweiter Klasse? - KVB-Gäste nicht im Regen stehen lassen!
Situation der neuen KVB-Wartehäuschen
3311/2016**

Herr Tücks weist anhand dieses Beispiels nochmals auf den teils langen Turnus der Beantwortung von Anfragen hin. Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

7.2 Neue Anfragen

7.2.1 Anfrage des EMT Herrn Tücks (FDP)

**Unausgebaute Dachstühle im Stadtbezirk als Wohnraum nutzen?
AN/1586/2016**

**7.2.1.1 Unausgebaute Dachstühle im Stadtbezirk als Wohnraum nutzen?
Wohnraumpotentiale ausschöpfen, Bürokratie abbauen, Anfrage der
FDP-Fraktion
3682/2016**

Herr Tücks bedankt sich ausdrücklich für die schnelle Beantwortung der Anfrage. Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

7.2.2 Anfrage der SPD-Fraktion

**Beschluss der BV 9 vom 18.01.2016 unter 8.1.2 "Erhaltung bzw. Erneue-
rung von 3 Laternen auf dem Fußweg zwischen Thielenbrucher Allee
und Gemarkenstraße"
AN/1690/2016**

**7.2.2.1 Erhaltung bzw. Erneuerung von drei Laternen auf dem Fußweg zwi-
schen Thielenbrucher Allee und Gemarkenstraße
hier: Anfrage der SPD-Fraktion zur Sitzung am 07.11.2016, TOP 7.2.2
3575/2016**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

7.2.3 Anfrage der SPD-Fraktion

**Beschluss der BV 9 vom 27.04.2015 zur Verbesserung des Verkehrs-
flusses, mit dem Ziel der Lärm- und Emmissionsminderung auf der
Bergisch Gladbacher Straße zwischen Mülheim und der Stadtgrenze
nach Bergisch Gladbach
AN/1691/2016**

Eine Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

7.2.4 Anfrage des EMT Herrn Bakis (Die Linke)

**"Gefahrloser und flüssiger Radverkehr am Clevischen Ring" - Stand der Umsetzung
AN/1771/2016**

Eine Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

7.2.5 Anfrage des EMT Herrn Bakis (Die Linke)

**"Verkehrsführung an der Mülheimer Freiheit" - Stand der Umsetzung
AN/1772/2016**

Eine Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

8 Anträge

8.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

8.1.1 Antrag der CDU-Fraktion

**Obstwiese auf dem städtischen Grundstück Mielenforster Straße/Thurner Kamp in Köln-Dellbrück
AN/0897/2016**

Der TOP wurde erneut vertagt.

8.1.2 Antrag der CDU-Fraktion

**Verschiebung Sanierung Mülheimer Brücke
AN/1473/2016**

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs teilt mit, dass Herr Buric und Herr Neumann vom Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau zur Beantwortung von Fragen anwesend sind.

Herr Dr. Portz erklärt zunächst, dass es sich hier um einen Prüfauftrag handelt, welcher versehentlich nicht als solcher deklariert wurde. Weiter führt er aus, dass nach allem, was in der letzten Zeit zu lesen und zu hören war, der Zeitraum der Sanierung doch disponibel zu sein scheint, daher dränge sich die Frage nach einer möglichen weiteren Verschiebung zur Vermeidung eines Verkehrskollaps auf.

Herr Buric, Leiter der Projektgruppe für die Sanierung aller Kölner Rheinbrücken, nimmt für Verwaltung ausführlich Stellung.

Er macht deutlich, dass aus technischer Sicht eine weitere Verschiebung keinesfalls mehr toleriert werden kann. Offenbar sei hier ein falscher Eindruck entstanden. Er betont, dass die nun notwendig gewordene Verschiebung um sechs Monate bereits sehr schmerzlich ist. Ein Synergieeffekt mit der Leverkusener Rheinbrücke sei nicht vorhanden.

Frau Oberbürgermeisterin Reker bedankt sich bei Herrn Buric für seine Ausführungen. Genau diese Transparenz sei wichtig. Sie selbst habe bisher die Fakten noch nicht so deutlich und gründlich gehört.

Auch Herr Dr. Portz bedankt sich ausdrücklich bei Herrn Buric für die Erläuterungen. Der Antrag wird endgültig zurückgezogen.

8.1.3 Antrag der CDU-Fraktion

Soccer Cage Buchforst AN/1536/2016

Beschluss:

Die Bezirksvertretung beauftragt die Verwaltung, einen „Soccer-Cage“ (kleiner, eingezäunter Kunstrasen-Fußballplatz) auf einem ungenutzten und brachliegenden Teil des Spielplatzes an der Heidelberger Straße einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

8.1.4 Antrag des EMT Herrn Tücks (FDP)

Umbenennung der "kurzen" Linie 18 in Linie 19 AN/1585/2016

Herr Tücks erläutert seinen Antrag nochmals mündlich. Es müsse auch nicht zwingend eine Linie 19 sein, die Nummer ist beliebig.

Frau Schlömer hält eine Umbenennung nicht für sinnvoll und weist ergänzend darauf hin, dass die Linie 18 in die andere Fahrtrichtung drei verschiedene Ziele hat.

Auch Herr Lünenbach hält eine reine Umbenennung hier nicht für zielführend.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim bittet die KVB, die bisherige Linie 18, die nur bis zur Herler Straße Buchheim fährt, in die Linie 19 umzubenennen. Dabei soll ggf. geprüft werden, ob bei Notwendigkeit auch eine andere Nummer in Betracht kommt. Damit die Auswirkungen möglichst kostenneutral ausfallen, soll die Änderung zum nächsten Fahrplanwechsel erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der CDU-Fraktion, des EMT Herrn Bakis (Die Linke) und des EMT Herrn Merkl (Liberal-konservative Reformer) abgelehnt.

8.1.5 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Verbesserung der Rad- und Fußwegverbindung zwischen Hardthofstraße und Penningsfelder Weg durch Installierung von in Teilen fehlenden Beleuchtungen sowie Erneuerung eines Teils des Weges durch Aufschotterung
AN/1687/2016**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim beauftragt die Verwaltung, die Verbesserung der Rad- und Fußwegverbindung zwischen Hardthofstraße und Penningsfelder Weg, entlang der Siedlung Mielenforster Heide, durch Installierung von in Teilen fehlenden Beleuchtungen sowie Erneuerung eines Teils des Wegs durch Aufschotterung vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

8.1.6 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Verstärkte Geschwindigkeitsüberwachung im Bereich Gierather Straße zwischen Penningsfelder Weg und Stadtgrenze Bergisch Gladbach durch stationäre Geschwindigkeitsmessanlage
AN/1688/2016**

Herr Schmaul weist darauf hin, dass die Verwaltung eine Seitenradarmessung zur Messung des Geschwindigkeitsniveaus veranlasst hat.

Herr Stengle merkt an, dass es schon 2006 einen Bürgerantrag gegeben hat und bisher nur wenig passiert sei.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim beauftragt die Verwaltung, auf dem Straßenabschnitt Gierather Straße zwischen Penningsfelder Weg und Stadtgrenze Bergisch Gladbach regelmäßig Geschwindigkeitskontrollen durch eine stationäre Messanlage durchzuführen. (Die Messanlage soll insbesondere die Geschwindigkeit im Streckenabschnitt zwischen Stadtgrenze und Refrather Straße kontrollieren, da dort mobile Messungen bisher unmöglich waren.)

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion beschlossen.

8.1.7 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mögliche Sichtbehinderungen durch parkende LKW in den Einmündungen der Straßen "In der Hardt", "Hasenacker", "Mielenforster Heide"

**und "Lange Heide" sowie die daraus resultierenden evtl. notwendigen verkehrstechnischen Maßnahmen
AN/1689/2016**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim bittet die Verwaltung um Prüfung von möglichen Sichtbehinderungen durch parkende LKW in den Einmündungen der Straßen „In der Hardt“, „Hasenacker“, „Mielenforster Heider“ und „Lange Heide“ sowie die daraus resultierenden evtl. notwendigen verkehrstechnischen Maßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

8.1.8 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Prüfung einzelner Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in der Marienheider Straße in Dünwald
AN/1692/2016**

Frau Kranz schildert eindringlich, dass hier etwas passieren müsse. Teilweise würden Fahrzeuge sogar über den Bürgersteig fahren.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim bittet die Verwaltung um Prüfung einzelner Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in der Marienheider Straße in Dünwald, wie etwa

- durch zusätzliche Beschilderungen und Markierungen
- Veränderung von Parkflächen
- regelmäßige Kontrolle der Geschwindigkeit
- temporäres Installieren eines Geräts, welches die Fahrzeuggeschwindigkeit anzeigt
- Ausweisung der Marienheider Straße als Anwohnerstraße.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

8.1.9 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Prüfung der Einrichtung von Überquerungshilfen für Fußgängerinnen und Fußgänger zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Sigwinstraße in Höhenhaus
AN/1693/2016**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim bittet die Verwaltung um Prüfung, der Einrichtung von Überquerungshilfen für Fußgängerinnen und Fußgänger zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Sigwinstraße in Höhenhaus.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

8.2 Vorschläge und Anregungen gemäß § 37 Absatz 5 Satz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

9 Verwaltungsvorlagen

9.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**9.1.1 Namensgebung der ehemaligen städtischen Hauptschule Rendsburger Platz, jetzt HS Wuppertaler Str. 19, 51067 Köln (Mülheim)
3109/2016**

Beschluss:

Die Hauptschule Wuppertaler Str. 19, 51067 Köln (ehemals Hauptschule Rendsburger Platz) wird in „Nelson-Mandela-Schule“ umbenannt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei Enthaltung des EMT Merkl (Liberal-konservative Reformer).

9.2 Anhörungen und Stellungnahmen gemäß § 37 Absatz 5 Sätze 1 und 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**9.2.1 Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Köln, Löschgruppe Dellbrück, mit angeschlossener Rettungswache am Standort Urnenstraße 7.
hier: Kostenerhöhung
1619/2016**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat stimmt der Erhöhung der städtischen Investitionsauszahlungen für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses für die Löschgruppe in Köln Dellbrück mit angeschlossener Rettungswache zu. Gegenüber den festgestellten Gesamtkosten von 2.700.000 € (zuzüglich einer Kostenerstattung durch die Stadtentwässerungsbetriebe Köln in Höhe von 6.828,09 €) beim Weiterplanungs- und Baubeschluss (DS-Nr. 3825/2012) vom 19.03.2013 sind die Baukosten durch verschiedene Probleme im

Verlauf der Bauarbeiten um 342.778,54 € € auf 3.049.606,63 € gestiegen.

Zur Finanzierung der Mehrkosten wurden Mittel i.H.v. 400.000 € zum Hpl. 2016/2017 im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst bei Finanzstelle 3701-0212-9-5530, Neubau Rettungswache Dellbrück, zusätzlich veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

9.2.2 255. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 2574/2016

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 255. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

9.2.3 Hochwasserschutzzonenverordnung Ortslage Deutz bis Stammheim 1454/2016

Frau Schlömer möchte gerne wissen, inwieweit die Planungen für den Mülheimer Süden, insbesondere die für das Lindgens-Areal, hiervon tangiert sind und ob es Verzögerungen geben wird.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt den Erlass der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bereich der mobilen Hochwasserschutzanlagen auf dem Gebiet der Stadt Köln, Ortslage Deutz bis Stammheim in der Fassung der paraphierten Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

9.2.4 Standorte zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften - Baubeschluss 3114/2016

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs weist darauf hin, dass von Seiten des Integrationsrates gewünscht ist, die temporären Flüchtlingsunterkünfte in Systembauweise zu errichten.

Herr Dr. Portz merkt hierzu an, dass Unterkünfte in Systembauweise eher langfristig angelegt sind und insbesondere für das Grundstück Haferkamp keine Dauerbebauung erfolgen sollte.

Es gebe in Flittard Alternativen, so der Schulhof der ehemaligen Hauptschule in der Peter-Griess-Straße. Hier sei auch die benötigte Infrastruktur vorhanden, z.B. Sanitäranlagen.

Herr Mayer erklärt, dass die ausgewiesenen Standorte nicht neu sind, dass ursprünglich jedoch Leichtbauhallen vorgesehen waren. Die Verwaltung sei mittlerweile grundsätzlich vom Bau von Leichtbauhallen zur Flüchtlingsunterbringung abgerückt.

Die Systembauweise und mobile Wohneinheiten, wie Container unterscheiden sich schlussendlich in der Wirtschaftlichkeit. Mobile Wohneinheiten sind wesentlich kostengünstiger und zudem schneller zu errichten.

Frau Kranz möchte wissen, was aus dem Vorschlag geworden ist, das ehemalige AWO-Heim am Dünnwalder Waldbad als Flüchtlingsunterkunft zu nutzen und wendet sich mit dieser Frage an Frau Oberbürgermeisterin Reker.

Frau Oberbürgermeisterin Reker erwidert, sie sei zugegebenermaßen nicht mehr so nah an der Thematik wie seinerzeit als Sozialdezernentin. Sie vermute aber, dass die Verwaltung wegen der bekannten Entwicklung der Flüchtlingszahlen letztes Jahr ihre Energie auf größere Standorte gelenkt hat als z.B. das ehemalige AWO-Heim.

Sie werde der Frage, ebenso wie der Frage nach dem alternativen Standort Peter-Griess-Straße in Flittard, nachgehen. Die Fraktionen werden bis zur Ratssitzung am 17.11.2016 eine Antwort erhalten.

Herr Lünenbach kann der Argumentation, dass mobile Wohneinheiten schneller errichtet werden können, grundsätzlich zwar folgen - insbesondere mit Blick auf die Turnhallensituation, die für die Geflüchteten ebenso verbessert werden muss wie für die Schul- und Sportvereine. Ein Zeitgewinn von drei Monaten könne aber nicht ausschlaggebend sein.

Die Standorte seien konsensfähig, dann solle jetzt auch die bestmögliche Art der Unterbringung, also Systembau mit allen damit verbundenen Vorteilen, gewählt werden. Die SPD-Fraktion unterstütze eindeutig den Wunsch des Integrationsrates.

Frau Oberbürgermeisterin Reker befürwortet ausdrücklich eine ehrliche Diskussion zu diesem Thema. Systembau sei sicher mit Vorteilen verbunden, mobile Wohneinheiten bieten jedoch mehr Platz für mehr Menschen. Der Rat habe sich seinerzeit klar gegen die Unterbringung der Zuflucht suchenden Menschen in Zelten ausgesprochen. Deshalb, und nur deshalb seien in Köln nach wie vor Turnhallen belegt.

Jetzt müsse man überlegen und abwägen, z.B. ob die gleiche Anzahl Menschen in den jeweils unterschiedlichen Varianten untergebracht werden kann. Im Zweifel bedeute die Entscheidung für Systembau einige hundert Plätze weniger, höhere Kosten und eine längere Dauer der Fertigstellung. Die Dauer der Belegung in mobilen

Wohneinheiten ist kurzfristiger, die „Haltbarkeit“ beträgt ca. 5 Jahre. Systembau dagegen ist fast wie Fertigbau zu sehen und womöglich doppelt so lange „haltbar“ wie Container.

Frau Brock-Storms befürwortet trotz aller Argumente die qualitativ bessere Unterbringungsmöglichkeit, auch mit Blick auf die vielen untergebrachten Familien. Erst in der Sitzung am 11.04.2016 habe die BV mehr Rückzugsräume gefordert, dann könne man jetzt nicht wieder allein auf Schnelligkeit setzen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt zur Sicherstellung der städtischen Unterbringungsverpflichtung und Vermeidung drohender Obdachlosigkeit die Errichtung von Flüchtlingsunterkünften zur temporären Flüchtlingsunterbringung auf folgenden Grundstücken:
 - a. Auf dem städtischen Grundstück Lindweiler Weg, 50739 Köln-Longerich, Gemarkung Longerich, Flur: 9, Flurstück: 2123
Systembauweise – Erweiterung des Standortes um voraussichtlich 78 Plätze auf bis zu 150 Plätze
 - b. Auf dem städtischen Grundstück Loorweg, 51143 Köln-Zündorf, Gemarkung Oberzündorf, Flur: 9, Flurstück 107, 108
Systembauweise – Erweiterung des Standortes um voraussichtlich 72 Plätze auf bis zu 150 Plätze
 - c. Auf dem städtischen Grundstück Erbacher Weg, 50767 Köln-Lindweiler, Gemarkung Longerich, Flur 22, Flurstück 300, 299
vorrangig Holzbauweise – bis zu 150 Plätze
 - d. Auf dem städtischen Grundstück Sinnersdorfer Straße, 50769 Köln-Roggendorf, Gemarkung Worringen, Flur 36, Flurstück 653, 628
mobile Wohneinheiten – bis zu 400 Plätze
 - e. Auf dem städtischen Grundstück Aloys-Boecker-Straße/Frankfurter Str., 51147 Köln-Lind, Gemarkung Lind, Flur 4, Flurstück 221/1, 22, 23, 205, 209, 213, 215
mobile Wohneinheiten – bis zu 320 Plätze
 - f. Auf dem städtischen Grundstück Antoniusstraße/Auf dem Hühnerweg, 51147 Köln-Urbach, Gemarkung Urbach, Flur 4, Flurstück 489
mobile Wohneinheiten – bis zu 400 Plätze
 - g. Auf dem städtischen Grundstück Schlagbaumsweg/Ostmerheimer Str., 51067 Köln-Holweide, Gemarkung Wichheim-Schweinheim, Merheim, Flur 13, 17, Flurstück a2016, 1244, 1245, 1243, a528, a522
Systembauweise – bis zu 400 Plätze
 - h. Auf dem städtischen Grundstück Haferkamp, 51061 Köln-Flittard, Gemarkung Stammheim-Flittard, Flur 41, Flurstück 6024
Systembauweise – bis zu 320 Plätze

Alternativ prüft die Verwaltung, ob der Schulhof Peter-Griess-Straße in Köln-Flittard für eine temporäre Flüchtlingsunterbringung in mobilen Wohneinheiten in Frage kommt und klärt, was aus dem Vorschlag, das ehemalige AWO-Heim am Dünnwalder Waldbad für die Unterbringung von Flüchtlingen zu nutzen, geworden ist.

2. Die investiven Gesamtkosten für den Neubau sowie die Inbetriebnahme der geplanten Standorte belaufen sich auf 52.785.504 €. Für die Errichtung neuer Unterbringungskapazitäten im Flüchtlingsbereich sind im vom Rat am 30.06.2016 verabschiedeten Haushaltsplan zum Doppelhaushalt 2016/2017 im Haushaltsjahr 2017 im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 8, Auszahlung von Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 5620-1004-0-5999 investive Auszahlungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 70.000.000 € veranschlagt.

Die investiven Auszahlungsermächtigungen werden im Rahmen einer Sollumbuchung bei den Einzelmaßnahmen wie folgt zur Verfügung gestellt:

1. Systembau Lindweiler Weg, Erweiterung,	2.788.968 €
2. Systembau Loorweg, Erweiterung,	2.788.968 €
3. Holzbau Erbacher Weg,	5.577.936 €
4. mobile Wohneinheiten Sinnersdorfer Str.,	9.049.920 €
5. mobile Wohneinheiten Aloys-Boecker-Straße,	7.239.936 €
6. mobile Wohneinheiten Antoniusstraße / Am Hühnerweg,	9.049.920 €
7. <u>Systembau</u> Schlagbaumsweg / Ostmerheimer Str.,	9.049.920 €
8. <u>Systembau</u> Haferkamp,	7.239.936 €.

(Die Kosten für die Ziffern 7. und 8. sind entsprechend der Kosten für Systembau anstelle mobiler Wohneinheiten neu zu beziffern.)

Die investiven Auszahlungsermächtigungen für die Erstausrüstung (Beschaffung des notwendigen Inventars) der Standorte in Höhe von 766.800 € sind im vom Rat am 30.06.2016 verabschiedeten Haushaltsplan zum Doppelhaushalt 2016/2017 im Haushaltsjahr 2017 im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 09, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, Finanzstelle 0000-1004-0-0001 vorgesehen.

Für die notwendigen zahlungswirksamen Aufwandsermächtigungen i.H.v.

8.371.566 € sind im vom Rat am 30.06.2016 verabschiedeten Haushaltsplan zum Doppelhaushalt 2016/2017 im Haushaltsjahr 2017 im Teilergebnisplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum in den Teilplanzeilen

- 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 6.435.259 €
- 14 – Bilanzielle Abschreibungen in Höhe von 1.584.307 €
- 16 – sonst. ordentliche Aufwendungen in Höhe von 352.000 €

entsprechende Mittel eingeplant. Die Finanzierung lfd. zahlungswirksamer Aufwendungen für die Folgejahre ist im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung si-

chergestellt.

Die Stadt Köln ist zur Aufnahme von Flüchtlingen gesetzlich verpflichtet, die Schaffung neuer Unterbringungsressourcen ist unaufschiebbar zur Erfüllung dieser Aufgabe erforderlich, daher müssen Mittel für diese Maßnahme gem. § 82 Abs. 1 GO NW bereitgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des EMT Herrn Bakis (Die Linke) gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der Stimmen des EMT Herrn Tücks (FDP) und des EMT Herrn Merkl (Liberal-konservative Reformer) beschlossen.

9.2.4.1 Änderungsantrag zur Beschlussvorlage ‚Standorte zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften - Baubeschluss‘ AN/1774/2016

9.2.5 1. Änderung der Kölner Stadtordnung (KSO) 3152/2016

Herr Derichsweiler hält Änderungen der Kölner Stadtordnung grundsätzlich für richtig und sinnvoll, der jetzige Vorschlag schieße z.B. mit Blick auf das sog. Wegbier aber übers Ziel hinaus. Er hält eine Konkretisierung für sinnvoll, damit die Regelungen einer allgemeinen Stadtordnung nicht grundsätzlich jede Person betreffen. Schutzwürdige Interessen stehen dabei außer Frage.

Herr Rossbach vertritt eine andere Sicht darauf, er zeigt sich über die offensichtliche Notwendigkeit des Wegebieters verwundert. Als nicht-gebürtigem Kölner sei ihm das fremd. Besonders mit Blick auf die offene Alkoholikerszene am Wiener Platz sei ihm daran gelegen, dass die Verwaltung Instrumente bekommt, um gegen Auswüchse vorzugehen.

Herr Lünenbach begrüßt die Initiative der Verwaltung und geht davon aus, dass Ordnungsrecht nach dem Opportunitätsprinzip funktioniert: Ob und wie die Verwaltung letztlich einschreitet, entscheidet die Behörde selbst. Die vorgesehene Stadtordnung biete aber die rechtliche Handhabe, an Brennpunkten gezielt einzugreifen.

Eine rechtliche Handhabe mache dann Sinn, wenn bspw. der Wiener Platz und die Holweider Straße/Ecke Keupstraße von dem 100-Meter-Radius erfasst seien. Woher dieser Radius komme, sei ihm jedoch nicht klar. Die schutzwürdigen Interessen von Kindern oder Schülerinnen und Schülern könne man nicht mit dem Linear oder Zirkel nachmessen. Von Herrn Mayer möchte er gerne wissen, ob es richtig ist, dass die Verwaltung mit einem gewissen Augenmaß vorgehen könne.

Herr Mayer bejaht dies. Das Opportunitätsprinzip sowie die Verhältnismäßigkeit seien hier die Leitgedanken. Die Verwaltung ist bemüht, Exzesse zu vermeiden, gesellige, gewaltfreie Zusammenkünfte aber nicht zu ahnden.

Auch Herr Schmaul pflichtet dem bei und verweist auf ähnliche Ausführungen des Stadtdirektors in einer Pressekonferenz. Die Verwaltung lege den Fokus auf bestimmte Zeiten (Schulzeiten) und bekannte „Hotspots“. Die Kapazitäten des Ordnungsdienstes geben auch nichts anderes her.

Herr Tücks schließt sich inhaltlich den Ausführungen von Herrn Derichsweiler an. Ein anderer Aspekt sei aber tatsächlich, dass mit den vorhandenen Kapazitäten eine Ahndung aller Verstöße nach der neuen Stadtordnung gar nicht leistbar ist. Genauso wenig wie die Ahndung aller „Wildpinkel-Verstöße“ schon nicht gewährleistet werden kann.

Herr Mayer bestreitet nicht, dass die Kapazitäten begrenzt sind, verweist aber auch auf das „100+“-Programm für den Ordnungsdienst. Es gehe darum, Spitzen abzuarbeiten und dafür müsste die Kapazität ausreichen.

Herr Dr. Portz fragt, ob der Wiener Platz tatsächlich zu den „Hotspots“ zählt. Seines Wissens gebe es hierzu keine klaren Erkenntnisse.

Herr Derichsweiler dankt Herrn Mayer für seine Ausführungen. Er schlägt vor, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung unter der Maßgabe zu folgen, dass das Verbot von Alkoholkonsum im öffentlichen Raum in unmittelbarer Nähe von Kindergärten und Schulen verhältnismäßig und mit Augenmaß angewandt wird und sich auf Hotspots konzentriert und nicht das beliebte „Wegbier“ am Feierabend betrifft.

Nach den Ausführungen von Herrn Mayer sieht Herr Lünenbach keine Notwendigkeit für eine solche Maßgabe.

Frau Kranz dagegen kann die Bedenken verstehen, 100 Meter seien ein großer Bereich.

Herr Mayer erläutert, eine solche Formulierung sei eigentlich in der Satzung schon enthalten, er könne aber mit der Maßgabe gut leben. Ihm gehe es um Aufklärung, Information und Transparenz und er setze mehr auf Verständnis, als auf die Ahndung durch den Ordnungsdienst. Wenn es aber notwendig sei, habe der Ordnungsdienst durch die Stadtordnung eine Handhabe.

Herr Rossbach merkt an, dass der Entwurf der Stadtordnung keinen Weichmacher – wie von Herrn Derichsweiler vorgeschlagen – benötige, die CDU-Fraktion lehne dies ab.

Frau Schlömer kann die Aussagen von Herrn Mayer und Herrn Schmaul nachvollziehen, hält aber den Ermessensspielraum für schwierig. Im Zweifel definiere diesen jede Kollegin bzw. jeder Kollege unterschiedlich.

Dem Vorschlag von Herrn Derichsweiler für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird mehrheitlich nicht gefolgt.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt die 1. Änderungsverordnung zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über die öffentliche Sicherheit und Ordnung für das Gebiet der Stadt Köln (Kölner Stadtordnung - KSO) vom 14. April 2014.
2. Ergänzend beauftragt der Rat die Verwaltung (Soziales, Jugend, Gesundheit), auf der Basis einer Ist-Analyse wirksame Konzepte für zusätzlich erforderliche begleitende niedrigschwellige Hilfsangebote zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion (ohne Frau Kranz), der CDU-Fraktion und des EMT Herrn Merkl (Liberal-konservative Reformer) gegen die Stimmen des EMT Herrn Tücks (FDP) und des EMT Herrn Bakis (Die Linke) bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Frau Kranz (SPD-Fraktion) beschlossen.

**9.2.6 Sportanlage Thurner Kamp, Platz 1 in Köln-Dellbrück
hier: Generalsanierung der Sportanlage mit Umbau des Tennenplatzes
in ein Kunstrasenspielfeld und Errichtung eines Kunstrasenkleinspielfeldes
3325/2016**

Frau Schlömer weist darauf hin, dass es einen Prüfauftrag aus Januar 2014 darüber gibt, ob ein Verbindungsweg zur Strunde ermöglicht werden kann. Die Beantwortung der Verwaltung hierzu aus der Sitzung 30.05.2016 sei sehr unkonkret gewesen („denkbar“, „könnte, wenn“). Sie möchte gerne wissen, ob der Verbindungsweg bei den Planungen berücksichtigt wird.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage der vorgelegten Kostenberechnung mit der Durchführung der Generalsanierung der Sportanlage Thurner Kamp in Köln-Dellbrück inkl. der Ausstattung des Großspielfeldes und eines Kleinspielfeldes mit Kunststoffrasenbelag, Trainingsbeleuchtungsanlage, Ballfangzäunen, Errichtung einer PKW-Stellplatzanlage. Die voraussichtlichen Kosten für die Maßnahme betragen ca. 1.840.192,10 € (incl. Planungs- und Projektsteuerungskosten in Höhe von 319.967,10 €).

Der Rat beschließt die Freigabe investiver Auszahlungsermächtigungen vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2016/2017 in Höhe von 1.726.192,10 € im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung, Zeile 08, Auszahlung für Baumaßnahmen (Investitionsprogramm Sportstätten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**9.2.7 Teilplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Baubeschluss Erneuerung / Sanierung der Asphaltdeckschicht Zoobrücke
3285/2016**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

- 1.) Der Rat der Stadt Köln stimmt der Durchführung der Erneuerung / Sanierung der Asphaltdeckschicht Zoobrücke bei Gesamtkosten in Höhe von rund 4.944.200

- EUR (brutto) zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.
- 2.) Gleichzeitig beschließt der Rat zur Sicherstellung der Erneuerung der Fahrbahn-
decke auf der Strombrücke und LOS B der Zoobrücke eine außerplanmäßige
Bereitstellung und gleichzeitige Freigabe von investiven Auszahlungsermächtig-
ungen in Höhe von rund 3.538.100 EUR (brutto) im Teilfinanzplan 1202 – Brü-
cken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV –, in der Teilplanzeile 8 – Auszahlung für Bau-
maßnahmen –, bei der zu bildenden Finanzstelle 6901-1202-0-0220, Erneuerung
Asphaltdecke Zoobrücke im Haushaltsjahr 2017. Die Deckung erfolgt durch ent-
sprechende Wenigerauszahlungen im gleichen Teilfinanzplan sowie gleicher
Teilplanzeile bei der Finanzstelle 6901-1202-0-0310 Grunderneuerung Mülhei-
mer Brücke, Haushaltsjahr 2017.
Die Maßnahme verstößt nicht gegen die Vorschriften der vorläufigen Haushalts-
führung gem. § 82 GO NRW.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

10 Mitteilungen

10.1 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

10.2 Mitteilungen der Verwaltung

10.2.1 Baumfällungen im Stadtbezirk Mülheim

Die Informationen zu geplanten Baumfällungen werden zur Kenntnis genommen.

10.2.2 Unerledigte Anfragen und Anträge der laufenden Wahlperiode

Die Übersicht wird zur Kenntnis genommen.

**10.2.3 Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Köln - Planungszeitraum 2016
bis 2020 - Bestands- und Bedarfsanalyse, Maßnahmenplanung
2191/2016**

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs kündigt an, dass die Verwaltung die Planung in der
nächsten Sitzung vorstellen wird.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**10.2.4 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren -
eine Stadt für alle" - Vorlage 0990/2016
hier: Ergänzende Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der
Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Köln
2763/2016**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**10.2.5 Bürgerhaushalt 2016
3049/2016**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**10.2.6 Jahresbericht Landschaftswacht Bezirk 9 Ost - Frau Isbaner
3010/2016**

Die Bezirksvertretung Mülheim bedankt sich bei Frau Isbaner für ihre ehrenamtliche Tätigkeit und den ausführlichen Bericht.

**10.2.7 Standortentscheidung der Bundesagentur für Arbeit
3445/2016**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**10.2.8 Personalsituation in den Kundenzentren
3408/2016**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**10.2.9 Ergänzungen nach Beschlussfassung des Straßenreinigungsverzeichnis-
nisses
3612/2016**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

10.3 Bemerkungen zur Niederschrift

Es gibt keine Anmerkungen, die Niederschrift ist damit genehmigt.



Norbert Fuchs
(Bezirksbürgermeister)

gez. Schall

Schall
(Schriftführerin)